

## „Zukunft Aufbau Ost“

Berlin,  
26. April 2004

### Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands

# „Zukunft Aufbau Ost“

## Beschluss des Bundesvorstands der CDU Deutschlands

1. In den neuen Ländern ist der Umbau von der Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft gelungen und der Erneuerungsprozess, der 1990 begonnen wurde, weit vorangeschritten. Das Anlagevermögen der gewerblichen Wirtschaft besteht heute zu mehr als 80 Prozent aus Anlagen, die seit der Wiedervereinigung errichtet wurden. Der Verfall von Bausubstanz konnte gestoppt und historische Stadtkerne wieder hergestellt werden. Der Standard der öffentlichen Infrastruktur wurde grundlegend verbessert, auch wenn im Verkehrswegebau noch viel zu tun bleibt. Die Umweltbelastungen wurden drastisch vermindert und die natürlichen Lebensgrundlagen regeneriert. Gemessen an der Ausgangslage ist die Bilanz des Aufbaus Ost positiv zu bewerten.
2. Gleichwohl hat der Aufbau Ost bis heute nicht alle Ziele erreichen können, die mit der Wiedervereinigung Deutschlands verknüpft worden waren. Ziel muss es sein, dass die neuen Länder wieder einen Wachstumsvorsprung haben, um die strukturellen Unterschiede zu verringern. Die industrielle Basis in den neuen Ländern ist insgesamt noch zu schwach. Produktivität und Wirtschaftswachstum stagnieren. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor viel zu hoch. Mit dem Beitritt osteuropäischer Staaten zur Europäischen Union wird vor allem die arbeitsintensive Wirtschaft in den östlichen
- Grenzgebieten Deutschlands mittel- bis langfristig vor neue Herausforderungen gestellt. Es ist unverkennbar, dass der Aufbau Ost eine neue strategische Justierung braucht.
3. Den neuen Ländern sind für den Zeitraum bis 2019 Solidarpaktmittel in Höhe von über 156 Mrd. Euro zugesagt worden. Diese Zusage gilt; sie darf nicht in Frage gestellt werden. Gleichzeitig sind die neuen Länder verpflichtet, treuhänderisch mit den Mitteln umzugehen. Darüber hinaus tritt die CDU dafür ein, bei einer ausgewogenen Fortführung der europäischen Strukturpolitik die Förderung der ostdeutschen Länder als „Ziel-1-Gebiete“ durch die Europäische Union für die Förderperiode bis 2013 beizubehalten. Auch die damit verbundenen beihilferechtlichen Spielräume für Investitionen müssen für diesen Zeitraum erhalten bleiben.
4. Die CDU befürwortet eine Förderstrategie, durch die vor allem industrielle Wachstumspole („Cluster“) etabliert und gestärkt werden. Statt Finanzmittel zur Behebung aller möglichen regionalen Schwächen zu verwenden, sollen die Mittel künftig der gezielten Unterstützung regionaler Stärken dienen. Es geht darum, vorrangig die wirtschaftsnahe Infrastruktur zu optimieren, zugkräftige Investitionen sowie die regionale Vernetzung zu unterstützen und über Multiplikatoreffekte zu

- sätzliche Investitionen und Arbeitsplätze auch über die Wachstumskerne hinaus anzustoßen. Wirtschaftsfördermittel müssen vorrangig in die Kernbereiche wirtschaftsnaher Infrastruktur, Investitionsförderung produktiver Anlagen sowie Forschung und Entwicklung gelenkt werden.
5. Die Einrichtung von „Sonderwirtschaftszonen“ lehnt die CDU ab. Stattdessen fordert die CDU, den neuen Ländern wesentlich größere Handlungsspielräume zu gewähren, um auf die jeweilige regionale Situation zugeschnittene Lösungen zu ermöglichen. Die vom Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf nicht im Sinne von Gleichheit missverstanden werden. Die föderale Struktur der Bundesrepublik ist grundsätzlich geeignet, Unterschieden im Lande differenziert zu begegnen. Dazu ist es beispielsweise erforderlich, dass der Bundesgesetzgeber vor allem in den Bereichen des Planungs- und Genehmigungsrechtes den Ländern Möglichkeiten eröffnet, zumindest zeitlich begrenzt von Bundesrecht abzuweichen und eigene Regelungen des Landesgesetzgebers zu ermöglichen. Sofern sich solche Regelungen bewähren, sollen sie auf das gesamte Bundesgebiet übertragen werden. Die neuen Länder haben die Chance, für den notwendigen Reformprozess in ganz Deutschland eine Vorreiterrolle zu übernehmen.
  6. Der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern hat eine Schlüsselfunktion für die Bewältigung des Strukturwandels. Ein zentrales Problem ist darin zu sehen, dass die Löhne in Ostdeutschland in vielen Bereichen deutlich höher liegen, als der Fortschritt der Produktivität dies gestatten würde. Mehr Beschäftigung kann es nur geben, wenn sich die Entwicklung der Löhne konsequent am Niveau der Produktivität orientiert und sich dabei nach unten und oben stärker ausdifferenzieren können. Deswegen ist die Produktivitätssteigerung von entscheidender Bedeutung.
  7. Die CDU tritt dafür ein, aus dem System der Lohnersatz- und Transferleistungen für arbeitsfähige Arbeitslose ein System der „Lohnergänzung“ zu machen. Das soll sicherstellen, dass ein arbeitsfähiger Arbeitsloser, der eine gering entlohnte Tätigkeit aufnimmt, durch seinen Lohn und einen Lohnkostenzuschuss bzw. ergänzende Sozialhilfe über ein höheres Gesamteinkommen verfügt als jemand, der nicht arbeitet. Unser Ziel ist es vor allem, Arbeitsplätze zu schaffen und den zahlreichen Langzeitarbeitslosen in Ostdeutschland neue Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu bieten.
  8. Kündigungsschutzbestimmungen dürfen nicht den Nebeneffekt haben, dass sie im Ergebnis zu mehr Überstunden und weniger Neueinstellungen führen. Die CDU hat deswegen Vorschläge unterbreitet, den Kündigungsschutz bei Neueinstellungen neu zu regeln. Insbesondere für kleine Betriebe und für neue Existenzgründungen muss geprüft werden, zu welchen Bedingungen der Kündigungsschutz bei Neueinstellungen ausgesetzt werden kann.
  9. Entscheidende Voraussetzung für mehr Wachstum in den neuen Ländern ist der

weitere Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Darüber hinaus werden mit der Erweiterung der Europäischen Union die Verkehrswege in Deutschland erhebliche Mehrbelastungen verkraften müssen, für die sie derzeit nicht gerüstet sind. Die CDU fordert daher, Verkehrsprojekte, die im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union von Bedeutung sind, im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlichen Bedarf“ auszuweisen und ein Sonderprogramm der Europäischen Union „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ aufzulegen. Die Geltungsdauer des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes muss bis 2019 verlängert werden.

- 10.** Die neuen Bundesländer können sich im internationalen Wettbewerb nur dann erfolgreich behaupten, wenn ihre Wirtschaft innovative Spitzenprodukte in Schlüsseltechnologien hervor-

bringt. Dies setzt eine gut ausgebaute und leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungsstruktur voraus, die die Basis für den Technologietransfer zu kleinen und mittleren Unternehmen bietet. Notwendig ist vor allem, die Trennung zwischen dem Hochsektor und den Klein- und Mittelbetrieben zu überwinden. Das beträchtliche Interesse des Handwerks und des Mittelstandes an Kontakten und Kooperationen mit Hochschuleinrichtungen muss genutzt werden, um einen intensiven Transfer von Wissen, Technologie und Personal in mittelständische Betriebe zu initiieren und zu fördern. Hochschulen erschließen sich zugleich durch eine verbesserte Kooperation mit der Wirtschaft durch Forschungsaufträge, Technologietransfer, Weiterqualifizierung von Berufstätigen und vielfältige Formen von Public-Private-Partnership neue Finanzierungsmöglichkeiten.